

MEHR UND BESSER.

VORSCHLÄGE FÜR EINE DEMOKRATIEBILDUNG VON MORGEN

Auszug aus dem Bericht der Hertie-Kommission Demokratie und Bildung

EMPFEHLUNGEN

1. DEMOKRATIEBILDUNG GEHÖRT AUF DIE AGENDA DER BUNDESREGIERUNG

Das Vertrauen in die Demokratie ist hohen Belastungen ausgesetzt. Polykrisen und Zeitenwende bedeuten ständige Veränderungen und große Anpassungsleistungen. Von Bürgerinnen und Bürgern erfordert dies ein tiefes Verständnis der Verfassung, der demokratischen Institutionen, der Regeln unseres Zusammenlebens und großes Vertrauen in die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft. Der gesellschaftliche Zusammenhalt bildet das tragende Fundament für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Demokratiebildung wird damit zu einer Aufgabe von hoher Priorität, die auf die nationale Agenda gehört. Sie muss von den Verantwortlichen in der Bundesregierung aufgegriffen und gemeinsam mit den Ländern verfolgt werden.

Deshalb empfiehlt die Kommission eine konzertierte Aktion „Demokratiebildung“ – eine übergreifende Initiative der zuständigen staatlichen Ebenen, wie sie in ähnlicher Form bei der beruflichen Orientierung in der Bildung schon einmal erfolgreich ins Leben gerufen wurde.

2. DEMOKRATIEBILDUNG FÜR DIE JUNGEN WÄHLER

Sollte das Wahlalter bundesweit auf 16 Jahre herabgesetzt werden, ist das Bildungsziel der zu Demokratiethematen theoretisch und praktisch gebildeten Schülerinnen und Schüler wichtiger denn je. Es muss in allen Schulformen der Sekundarstufe I und in allen Regionen Deutschlands gleichermaßen erreicht werden. Deshalb fordert die Kommission die systematische Überarbeitung der Bildungsstandards für die Sekundarstufe I. Zudem kann die ohnehin geplante schrittweise Ausweitung des Ganztagsangebots an vielen Schulen in Deutschland Gelegenheiten für neue Formate politischer Bildung bieten.

Das gilt nicht nur für ältere Schülerinnen und Schüler. Bildungserfahrungen in der (frühen) Kindheit sind besonders nachhaltig. Das pädagogische Instrumentarium für Demokratiebildung in dieser Zielgruppe ist stark gewachsen. Es gilt nun, positive Erfahrungen in die Fläche zu tragen. Deshalb fordert die Kommission die konsequente Einbettung der Demokratiebildung in die Primarstufe und die entsprechende Überarbeitung der Lehrpläne von Grundschulen. Schließlich muss die weitgreifende Ausblendung der Demokratiebildung in den beruflichen Schulen dringend korrigiert werden. Zwei Drittel der Schülerschaft in der Sekundarstufe II besucht Einrichtungen der beruflichen Bildung. Die Schulen begleiten die Jugendlichen in einer sensiblen Entwicklungsphase. Wirtschaft und Kammern können hier eine wichtige Rolle übernehmen.

3. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT VERBINDLICHKEIT

Demokratiebildung wird erst dann als Bildungsziel umgesetzt, wenn sie auch eingefordert, ihre Realisierung nachgehalten und ihre Erfolge zudem dokumentiert werden. Solange Demokratiebildung eine Option bleibt, wird ihre Bedeutung beschworen, aber ihre Umsetzung im Zweifel preisgegeben.

Die Kommission empfiehlt deshalb von der KMK verbindliche Bildungsstandards für Demokratiebildung sowie ein Demokratie-Pisa.

4. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT ANREIZE

Beteiligung, Debattieren, Engagement und die Öffnung der Schulen zur Gesellschaft gelten als die entscheidenden Angebote zur Entwicklung eines demokratischen Verständnisses. Damit sie an möglichst vielen Schulen wirkungsvoll eingesetzt werden, sollten von staatlicher Seite Anreize zur Beteiligung und Anregungen zu entsprechenden Projekten gesetzt werden. Exemplarisch dafür empfiehlt die Kommission die Einführung von Demokratiebudgets an Schulen von mindestens 5 Euro pro Schülerin und Schüler, über deren Verwendung Schülerschaft und Lehrkräfte gemeinsam entscheiden.

5. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT AUTONOMIE

Zum Bildungsziel des mündigen Bürgers führen unterschiedliche Wege, die in der Umsetzung von Lehrplänen, der Gestaltung von Lernumgebungen und in der Schulkultur vor Ort individuell realisiert werden. Nur Führungskräfte mit Gestaltungsfreiheit können besondere Herausforderungen, wie sie sich in den jeweiligen Schulstufen, der sozialen Umgebung, der Zusammensetzung der Schülerschaft, der Region etc. ergeben, produktiv gestalten. Hierzu braucht es Führung, Strategie und kreative Umsetzung, an der alle Stakeholder beteiligt werden.

Die Kommission empfiehlt deshalb mehr Autonomie für Schulleitungen und Lehrkräfte, Entlastung von Verwaltungsaufgaben sowie Weiterbildungsangebote zu Demokratiethemata speziell für Schulleitungen.

6. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT DIE GESELLSCHAFT

Nur wenn Schulen sich der Gesellschaft öffnen und mit Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammenarbeiten, können sie Begegnung und Engagement ermöglichen und einfordern. Schülerinnen und Schüler lernen gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie andere in ihren Rollen beobachten und selbst Verantwortung übernehmen.

Die Kommission empfiehlt daher die Finanzierung von Demokratiescouts an Schulen, die jeweils die Koordination und das Management der Schnittstelle zu den vielfältigen außerschulischen Angeboten der Zivilgesellschaft professionell unterstützen. Außerdem müssen die Finanzierungsmöglichkeiten für Angebote nicht-formaler Bildung verbessert werden.

7. DEMOKRATIEBILDUNG BRAUCHT BEISPIELE AUS DER POLITISCHEN PRAXIS

Schwindendes Vertrauen in die Demokratie geht fast immer einher mit Misstrauen in das politische Personal, oft sogar Verachtung vermeintlicher wie echter Eliten. Es kann helfen, wenn Besuche von Politikern in Schulen alltäglicher werden und Praktiker häufiger von ihrer Motivation und ihren Herausforderungen berichten. Hierfür bedarf es geeigneter Formate und guter Vor- und Nachbereitungen. Gerade Jugendliche, denen es an Verständnis für komplexe und langsame politische Prozesse fehlt, können über ihre Zweifel diskutieren.

8. GUTE PRAXIS MUSS WIRKSAM WERDEN

Es gibt viel gute Praxis der demokratischen Bildung. Damit die Beispiele aufgegriffen und in der Fläche umgesetzt werden, sollten die Vorbilder gefeiert und vorgestellt werden. Die Kommission empfiehlt deshalb den positiven Wettbewerb der Ideen und einen einfachen Zugang zu (geprüfter) guter Praxis durch die Einrichtung einer nationalen Plattform zum Angebot evidenzgeprüfter Konzepte, wie es sie in Großbritannien heute schon gibt.